

Lagerstandorte in Brandenburg – Archäologische Ausgrabungen und Präsentation der Ergebnisse im Spannungsfeld historischer und gesellschaftspolitischer Wahrnehmung

Matthias Antkowiak und Eberhard Völker (BLDAM)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Aufgaben der archäologischen Denkmalpflege umfassen den Schutz, den Erhalt und die Erforschung von im Boden verborgenen, kulturgeschichtlichen Resten, für deren Bewertung Denkmalschutzgesetze in der Regel folgende Kriterien formulieren: Entscheidend sind die geschichtliche, wissenschaftliche, technische, künstlerische, architektonische oder volkskundliche Bedeutung der Objekte, um als Bodendenkmale gewertet zu werden. Das brandenburgische Denkmalschutzgesetz verzichtet bewusst auf eine zeitliche Festlegung des Denkmalbegriffs, so dass hier die Verpflichtung besteht, neben den ur- und frühgeschichtlichen sowie mittelalterlichen, auch historisch oder zeitgeschichtlich dokumentierte Hinterlassenschaften in den Wirkungskreis der Archäologie mit einzubeziehen. Zu berücksichtigen ist jedoch die vorliegende Quellenlage und die Bedeutung der Hinterlassenschaften im Sinne der Denkmalkriterien. Grundsätzlich bestehen folgende Fragen:

Ist der zu erforschende Ort aus sich heraus von geschichtlicher Bedeutung?

Hinsichtlich bedeutender Kriegsschauplätze oder großer KZ-Gedenkstätten als zentrale Orte der NS-Geschichte, ist die interdisziplinäre Aufarbeitung maßgebend vorangeschritten. Doch wie steht es zum Beispiel mit kleineren Lagerstandorten oder Einzelobjekten. Noch in den Anfängen steckt hier sowohl die archäologische als auch in geringerem Umfang die historische Forschung.

Eine weitere Frage ist die nach dem eigenständigen archäologischen Quellenwert eines Bodendenkmals, d.h. können durch Ausgrabungen und bodendenkmalpflegerische Maßnahmen Erkenntnisse gewonnen werden, die durch andere Zeugnisse nicht zu erschließen sind? Als Beispiel sind hier die vielen

kleineren KZ-Nebenlager und Außenlager, Zwangsarbeits- oder Kriegsgefangenenlager anzuführen, für die oftmals eine atypische Quellenlage vorliegt. Dieser Sachverhalt kann sich dahingehend auswirken, dass der ehemalige Standort und die Topografie zahlreicher Lager heute völlig unklar sind. Häufig liegen höchstens ein Luftbild aus der Zeit des Krieges, Erinnerungsberichte Überlebender und fragmentarische Archivalien vor. In den genannten Fällen hat die Bodendenkmalpflege die Aufgabe, Sachzeugnisse zu erhalten und Quellenmaterial mit ihren Möglichkeiten zu erschließen.

Das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum (BLDAM), insbesondere das Referat Stadtarchäologie/Sonderprojekte/Großvorhaben, hat in den letzten Jahren größere Grabungen an verschiedenen Lagerstandorten durchgeführt sowie kleinere Projekte (zum Beispiel Sondagen oder Workcamps) fachlich betreut. Folgend sollen, Bezug nehmend auf die einleitend erwähnten Grundsätze, an den Beispielen einer Voruntersuchung, einer Flächengrabung sowie einer Baubegleitung ein kurzer Überblick zur jeweiligen Lagergeschichte gegeben und die Grabungen vorgestellt werden. Die Präsenz historischer Zusammenhänge, die Resonanz in der Bevölkerung und im medialen Umfeld aber auch die Möglichkeiten der Präsentation werden im Zusammenhang mit der wichtigen Rolle der Bodendenkmalpflege erläutert.

Jugend KZ Uckermark

Bereits 2001 kam es zu einer umfassenden Voruntersuchung auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Uckermark. Das Lager befand sich südöstlich des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück; es handelte sich um das einzige Konzentrationslager für weibliche Minderjährige. Die Anlage hatte eine Gesamtgröße von ca. 2,5 ha und wurde 1942/43 durch die Kriminalpolizei auf Befehl des Reichsführers SS Himmler, als Gegenstück zum Lager Mohringen (bei Göttingen) für männliche Jugendliche,



Ehemaliges Lagergelände Uckermark mit sowjetischer Überbauung.

erbaut. Die Insassinnen des Lagers waren weibliche Minderjährige im Alter von 12 bis 21 Jahren. Die Einlieferung erfolgte aufgrund folgender durch den nationalsozialistischen Sprachgebrauch definierter Verhaftungsgründe: asozial, rassistisch minderwertig, sexuell verwahrlost oder schwererziehbar. Hinzu kamen Kinder slowenischer Widerstandskämpfer, die vermutlich die Funktion von Geiseln hatten und „eingedeutscht“ werden sollten. Es handelte sich insgesamt um etwa 200 Mädchen.

Im Winter 1944 wurde dieses polizeiliche „Schutzlager“ teilgeräumt, ein abgetrennter Teil durch die SS übernommen und bis 1945 als Vernichtungsort für Häftlinge aus Ravensbrück genutzt.

Anlass der archäologischen Voruntersuchung war die Prüfung verschiedener Trassenvarianten der Ortsumfahrung Fürstenberg B 96n, wobei nach Möglichkeit die Ausdehnung des Lagers lokalisiert werden sollte. Während der Maßnahme wurden mehrere bauliche Reste freigelegt. Durch diese konnte zum Beispiel nachgewiesen werden, dass im geplanten Trassenverlauf die Streifenfundamente von zwei Baracken, der Gärtnerei sowie drei weiteren Funktionsgebäuden erhalten waren. Die östliche Lagerbegrenzung konnte durch die Spuren eines Zaunverlaufes lokalisiert werden. Wichtig ist, dass wesentliche Unterschiede in der tatsächlichen Bebauung im Gegensatz zu einem SS-Bauplan herausgearbeitet werden konnten. Abschließend kann gesagt werden, dass durch die archäologische Dokumentation das aus

historischen Quellen nicht präzise zu lokalisierende Lager Uckermark in seiner ursprünglichen Ausdehnung teilweise erfasst sowie dessen Topografie erstmals rekonstruiert werden konnte.



Im Korridor durch altes KZ-Gelände
 Planer der B 96-Umfahrung Fürstenbergs müssen viele Einwände berücksichtigen

Das Bild zeigt die archäologischen Ausgrabungen im Bereich des ehemaligen KZ-Geländes. Die Arbeiter sind dabei, die Fundamente von Baracken und anderen Gebäuden freizulegen. Die Umgebung ist mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt, was auf eine spätere Nutzung des Geländes hindeutet.

Ortsumgehung spaltet Fürstenberg
 Lärm nahe KZ-Gelände stört Anwohner

Die Ortsumgehung der B 96n durch das ehemalige KZ-Gelände in Fürstenberg ist ein kontroverses Thema. Die Planer müssen sich mit den Einwänden der Anwohner auseinandersetzen, die sich über den Lärm und die Nähe zum ehemaligen Lager beschweren. Die Ortsumgehung soll den Verkehr von der Straße durch das Gelände weglenken, was die Lebensqualität der Anwohner verbessern soll.

Verschiedene Presseartikel zur Ortsumgehung.

Die Trassenplanung der B 96n erwies sich im Bereich der Ortsumgehung Fürstenberg als besonders schwierig. Eine der letztendlich verbliebenen Trassenvarianten bildete die sogenannte Ostvariante, die eine enge Umfahrung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück darstellte. Nach den Ergebnissen der Voruntersuchung hätte die Trasse den Bereich Uckermark etwa mittig

durchquert. Die neue Erkenntnislage führte zu einer umfangreichen Diskussion über die Planungsprioritäten: Die Befürworter der Ostvariante forderten die Durchquerung des Geländes, Gedenkstätte und Überlebendenverbände lehnten dies kategorisch ab. Es entspann sich innerhalb der Gemeinde eine scharf geführte Kontroverse, die schließlich durch eine entgeltliche Entscheidung des Städtebauministeriums, das die Durchquerung des Lagerbereiches als moralisch und politisch nicht vertretbar bewertete, abgeschlossen wurde.

Zur Zeit läuft ein neues Planfeststellungsverfahren, um eine westliche Umfahrung umzusetzen. Dennoch überwiegen innerhalb der Stadt Fürstenberg Unverständnis und Ablehnung der Entscheidungslage, da die westliche Variante ein Naherholungsgebiet durchquert und die Priorität der Einwohner hier auf der Lebensqualität liegt.

Die durch das BLDAM gelieferten Erkenntnisse bildeten letztendlich das zentrale Argument zur Ablehnung der Ostvariante. Daher mussten diese wissenschaftlich nicht nur durch Grabungsergebnisse, sondern auch durch eine fundierte Archivrecherche zur Lagergeschichte abgesichert werden. Neben dem archäologischen Grabungsbericht erarbeitete deshalb eine Zeithistorikerin in enger Zusammenarbeit mit dem Ausgräber die zu dieser Zeit verfügbare Quellenlage aus Bundesarchiv, diversen Regionalarchiven sowie dem Bestand der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten. Abschließend konnte eine historische Bewertung des Ortes vorgenommen werden, die auf einer breiten Quellenbasis beruhte. Die Ortsbestimmung des Lagers im Gelände, seine interne Topografie und Abgrenzung konnte dagegen, aufgrund fehlender Archivquellen, allein mit archäologischen Methoden vorgenommen werden.

Der gesamte Vorgang entwickelte aufgrund der besonderen Geschichte des Ortes eine internationale Dimension, die verdeutlicht, welche politische Rolle die Bodendenkmalpflege durch ihre Aufgabenstellung hier zwangsläufig übernehmen musste. Sämtliche Interessengruppen und Verbände hofften natürlich stets auf ihre Argumentation unterstützende Ergebnisse. Ebenso häufig wurden einzelne Ergebnisse in Zweifel gezogen. Wichtig war hier die strenge Neutralität der Bodendenkmalbehörde und die Beschränkung auf das zur Verfügung stehende

archäologische und archivalische Quellenmaterial, um den politischen Entscheidungsträgern eine Basis zur Verfügung zu stellen.

KZ-Außenlager Rathenow

Ein weitaus umfangreicheres Projekt stellte die Teilausgrabung eines KZ-Außenlagers dar: Es handelte sich hierbei um ein Außenlager des KZ Sachsenhausen, welches sich südlich der Stadt Rathenow befand. Auf dem Gelände eines geplanten Neubaus der OHST Medizintechnik AG bestand erstmals die Möglichkeit, den Teil eines Lagerstandortes in zwei Kampagnen 2001 und 2004 umfassend zu dokumentieren



Luftbild der Grabungsfläche im Industriegebiet Rathenow Süd.

Da historische Quellen in nur sehr geringem Maße zur Verfügung standen bzw. bekannt waren, diente als Grundlage für die Standortermittlung des vermuteten Außenlagers ein amerikanisches Aufklärungsbild vom März 1945. Das Lager bestand aus mehreren Unterakunftsgebäuden, einem Appellplatz, kleineren Gebäuden,

mindestens fünf Wachtürmen in Verbindung mit einer doppelreihigen Lagerumzäunung, Splittergräben sowie einem Wegesystem.

Nach bisherigem Kenntnisstand existierte das Außenlager vom März 1944 bis zur Befreiung durch russische Truppen im April 1945. Während dieser Zeit waren dort einige hundert Menschen verschiedener Nationalitäten (z.B. Holländer, Norweger und Russen) sowie Religionen (z.B. Juden und Zeugen Jehovas) inhaftiert. Die Häftlinge mussten in den nahe gelegenen ARADO-Flugzeugwerken Zwangsarbeit leisten. Vom ursprünglichen Lagerareal konnte nur eine Fläche von ca. einem Hektar ausgegraben werden, da der größte Teil in den vorangegangenen zehn Jahren überbaut worden war. Ein Vergleich der Grabungsfläche mit dem historischen Luftbild macht deutlich, dass das ehemalige Außenlager ursprünglich fast viermal so groß wie das untersuchte Gelände gewesen war.

In den neunziger Jahren lag das Grundstück brach und wurde partiell als Materiallagerplatz der Gemeinde genutzt. Oberirdisch sichtbare Befunde beschränkten sich nur auf die Reste eines Betonfundamentes. Nach Abtragung des Oberbodens konnten zahlreiche Befunde erkannt werden: Die Fundamente von zwei Häftlingsbaracken, jeweils 9,00 m x 22,00 m groß, das Fundament der ca. 75,00 m langen Mannschaftsbaracke mit Frischwasser- und Abwasseranschlüssen, die Betonbodenplatte des zentralen Waschhauses mit Wasser- und Abwasseranschlüssen, Wasseraufbereitung und Toiletten, sowie Pfostengruben des doppelreihigen Lagerzaunes.

Bei den genannten Befunden handelte es sich um Reste jener Gebäude bzw. Anlagen, die auch auf dem amerikanischen Luftbild von 1945 zu erkennen waren. Darüber hinaus konnten jedoch verschiedene Strukturen dokumentiert werden, die vorab nicht lokalisiert werden konnten: Zu nennen sind hier Ver- und Entsorgungssysteme sowie mehrere Müllgruben. Auch Baureste einer vor Aufnahme des Luftbildes wieder entfernten Baracke konnten festgestellt werden. Bemerkenswert ist, dass nur das Waschhaus und die Unterkünfte für das Bewachungspersonal über Frisch- und Abwasseranschlüsse verfügten. Für die Häftlingsbaracken gibt es hingegen keinerlei Hinweise auf solche Einrichtungen. Aus den Bereichen der Unterkünfte und mehreren Müllgruben konnten zahlreiche Funde geborgen werden. Zu nennen sind hier Gegenstände der Barackenausstattung, Bauteile und Einrichtungsgegenstände wie Töpfe, Flaschen oder Kantinengeschirr. Einige Funde stammen aus dem persönlichen Besitz der Häftlinge. Selbst gefertigte Gegenstände wie Aluminiumschachteln, Knochenspatel oder ein kleines Messer stellen im Geheimen hergestellte und offiziell verbotene Dinge dar.

Kann einerseits schon anhand der Lagerstruktur relativ deutlich erkannt werden, dass es sich tatsächlich um ein KZ-Außenlager handelte (doppelreihiger Elektrozaun und Wachtürme) so unterstützt die Auswertung des Fundmaterials diese These. In der Wachmannschaftsbaracke wurde die Bodenscherbe eines Henkelbechers aus der SS-eigenen



Bodenscherbe eines Porzellanbechers mit Herstellerstempel der „Bohemia“ und Kennzeichnung „SS(-Reich)“.

Manufaktur Bohemia gefunden, die Kantinengeschirr für die SS produzierte. Und nur KZ-Lager wurden von der SS bewacht. Ein weiterer bedeutender Fund ist eine kleine Aluminiumdose, in die ein Inhaftierter seinen Namenszug (Van Loon) und seine Häftlingsnummer (100980) einritzte, was ihn deutlich als den Insassen eines Konzentrationslagers kennzeichnete.

Das Gewerbegebiet Grünauer Fenn wurde seit 1993 erschlossen und bebaut, als im Jahr 2000 eine der letzten verbliebenen Flächen aufgrund historischer Nachforschungen in den Blickpunkt der Denkmalbehörden rückte. Das Kreismuseum Rathenow errichtete am Standort des ehemaligen Außenlagers des KZ Sachsenhausen eine Gedenktafel. Als das benachbarte Grundstück bebaut werden sollte, stellte sich die Frage nach der Denkmalwürdigkeit des Ortes. Im Flächennutzungsplan der 90er Jahre hatte der ehemalige Standort des Lagers, der zu dieser Zeit unbekannt gewesen war, keine Berücksichtigung gefunden. Weil das Grundstück dem Investor von der Stadt ohne Auflagen verkauft worden war, musste dieser die Kosten der archäologischen Dokumentation tragen.

In Rathenow setzte nun in den lokalen Medien eine Diskussion über die Notwendigkeit der Ausgrabung und der denkmalpflegerischen Maßnahmen, über die Kostenverteilung und sogar über die Existenz des Außenlagers ein. Dies führte bis zu der Behauptung, ein KZ Außenlager habe hier nie existiert. Erschwert wurde die genaue Standortbestimmung des Außenlagers durch die Existenz weiterer Barackenlager in seinem direkten Umfeld, deren Zuordnung noch ungeklärt ist. Erst die Ausgrabungsergebnisse lieferten den eindeutigen Nachweis, dass es sich bei diesem Lager um das durch Zeitzeugenaussagen überlieferte KZ-Gelände handelte. Die öffentliche Aufmerksamkeit, die durch die laufende Ausgrabung entstand, bewirkte im weiteren Verlauf ein schrittweises Umdenken innerhalb der Gemeinde. Positiv wirkte sich außerdem ein kostenreduzierender Ansatz der Konservierung von Bodendenkmalstrukturen durch Abdeckung und die Möglichkeit der Überbauung, sowie eine im Großen und Ganzen einvernehmliche Zusammenarbeit von BLDAM, Investor und Stadt aus. Aus dem Projekt entwickelte sich abschließend die Erarbeitung einer Ausstellung über die Grabungsergebnisse, die in der Gedenkstätte Sachsenhausen und in der kommunalen Galerie Rathenow gezeigt wurde und ein durchweg positives Echo fand. Die Ausstellungskonzeption beinhaltete eine

Verknüpfung des archäologischen Befundes mit dem vorhandenen Quellenmaterial und den Aussagen von Zeitzeugen. Dieser Ansatz ermöglichte es, die Geschichte des Nebenlagers erstmals nachzuzeichnen und der Öffentlichkeit nahe zu bringen.



Ausstellungsbereich in der Kommunalen Galerie Rathenow.



Blick in die Ausstellung, Gedenkstätte Sachsenhausen.

In der Ausstellung wurde das Fundmaterial thematisch geordnet und gedeutet. Themenbereiche waren Aufbau und Bauweise des Lagers, Ausstattung und Ansprache der Gebäude, Situation der Häftlinge und Produktion im Flugzeugwerk. In der Präsentation wurde besonderer Wert auf die Deutung und Einordnung der Objekte gelegt. Erst durch die erarbeiteten Detailinformationen wandelten sich die Objekte im Auge des Betrachters von neuzeitlichen Alltagsgegenständen zu historischen Bedeutungsträgern. Bewusst verzichtet wurde auf eine künstliche Dramatisierung des Fundmaterials, eine Inszenierung durch Hintergrundgestaltung oder Ausleuchtung. Durch eine sachliche und neutrale Präsentation erschloss sich



Vitrine mit persönlichen Gegenständen von Häftlingen und Erläuterungen zu Funktion und Fundkontext.

die Bedeutung der Objekte in Verbindung mit historischem Wissen um ihre Nutzung wesentlich eindringlicher, als durch eine oberflächliche Ikonisierung oder optische Dramatisierung. Darüber hinaus erforderte die Umsetzung der Ergebnisse von Ausgrabungen in Lagerbereichen in eine Ausstellung neben interdisziplinären

Ansätzen eine besondere Rücksichtnahme auf die Gefühle der Überlebenden und deren Angehöriger. Wichtiger Bestandteil waren die Lebensbilder und Aussagen ehemaliger Lagerinsassen aber auch der Hinweis auf die hier aktiven Täter aus den Reihen des Lagerpersonals.

In Rathenow vollzog sich innerhalb der Gemeinde durch die zunächst unfreiwillige Auseinandersetzung mit einem Teil der eigenen Geschichte ein durch Pragmatismus und schließlich Akzeptanz geprägter Wahrnehmungswandel. In die auf politischer Ebene geführte Auseinandersetzung war das BLDAM wiederum direkt involviert. Auch hier zeigte sich, dass durch die umfassende Darstellung aller verfügbaren Quellen Geschichte an die in diesem Fall betroffenen Bürger adäquat vermittelt werden konnte. Die Maßgaben des Denkmalschutzes konnten trotz der schwierigen finanziellen und politischen Situation einvernehmlich umgesetzt und der Ort gleichzeitig ins Gedächtnis der Stadt zurückgeholt werden.

Lager der DLMG

Am Südwestrand der Gemeinde Kleinmachnow, zwischen Autobahn und Teltowkanal, lag zwischen 1937 und 1945 ein ausgedehntes Betriebsgelände der Firma Bosch. In dem aus Geheimhaltungsgründen „Dreilinden Maschinenbau GmbH“ (DLMG) genannten Rüstungswerk wurden elektrotechnische Bauteile für die Deutsche Luftwaffe hergestellt.

Das Gelände dieses Barackenlagers wurde nach 1945 teilweise beräumt und einer Nutzung durch die Gemeinde zugeführt. Hier entstanden kleinere Gewerbebetriebe und ein ausgedehnter Mischwald. Seit September 2002 fanden auf dem Gelände großflächige Rodungs- und Erschließungsmaßnahmen statt, da hier durch einen öffentlichen Bauträger eine Ein- und Mehrfamilienhaussiedlung errichtet werden soll. Auf Grund der besonderen Geschichte des Ortes wurden die Arbeiten 2002 / 2003 archäologisch begleitet, wobei von insgesamt 14 Hektar untersuchter Fläche vier Hektar ausgegraben wurden.

Das insgesamt 40 Hektar große Gelände unterteilte sich in den eigentlichen Werksbereich und ein südöstlich anschließendes, etwa 16 Hektar großes Barackenlager, das sogenannte Gemeinschaftslager. Letzteres wurde bis 1945 mit verschiedenen Personengruppen belegt und kontinuierlich erweitert. Anfangs wurden sechs Baracken für die Werksangehörigen errichtet, nordöstlich davon lagen Wirtschaftgebäude und eine zentrale Großküche. Daran anschließend existierten weitere 20 Unterkunftsbaracken, Sanitär- und Wirtschaftsgebäude für Kriegsgefangene der Westalliierten, südlich befand sich das so genannte

Ostarbeiterlager. In Bereichen, in denen die deutschen Zivilarbeiter als auch westeuropäische Zwangsarbeiter untergebracht waren, ließ sich an den Baracken ein Mindeststandart in solider Bauweise und sanitärer Ausstattung nachweisen. Die Unterkünfte für deutsche Zivilarbeiter besaßen standardisierte Waschräume und Luftschutzbunker, auch die Bauten für westeuropäische Zwangsarbeiter ließen eine solide Fundamentierung erkennen. In der Regel standen die Baracken auf einer Kombination aus Beton-Streifen- und Holzpfostenfundamenten. Im sogenannten Ostarbeiterlager waren bis 1942



Freilegung einer Baracke, in der westeuropäische Kriegsgefangene untergebracht waren.

französische Kriegsgefangene interniert, wie sich archäologisch nachweisen ließ. Nach ihrer Verlegung erfolgten Ausbau- und Sicherungsmaßnahmen, um hier zunächst zivile sowjetische Zwangsarbeiter (so genannte Ostarbeiter) und später eine steigende Anzahl gefangener Rotarmisten unterzubringen. Die Bauweise der Baracken ließ Rückschlüsse auf die hier untergebrachten Personengruppen zu: Im Gegensatz zu den Unterkünften für die westeuropäischen Gefangenen besaßen sie keinerlei sanitäre Einrichtungen und standen ausschließlich auf Holzfundamenten. Als Waschhaus diente hier ein zentraler, ausnahmsweise fundamentierter Bau, der wie die ersten zwei Baracken



Fundamentplatte des Waschhauses nach Freilegung; vorne links Kasten zur Lagerung von Kohlen.

noch aus der Belegungsphase der Franzosen stammte.

Im gesamten Lager konnte die Belegung der Baracken durch entsprechendes Fundmaterial, durch die Dokumentation von lagerintern verlaufenden Zäunen sowie sich überlagernde Bauphasen verifiziert werden. Ein komplett erhaltener und

verfüllter Feuerlöschteich enthielt zahlreiches Fundmaterial wie technische Kleinteile, Abfälle, Helme der Lagerfeuerwehr sowie Waffen und Munition. Die Mehrzahl der

Funde stammt jedoch aus lagerzeitlichen Müllgruben, die sich meist in der Nähe von Baracken befanden. Zum Fundmaterial aus dem „Ostarbeiterlager“ zählen unter anderem Feldflaschen der sowjetischen Armee sowie Löffel mit Häftlingsnummern, die vermutlich KZ-Zwangsarbeitern zugeordnet werden können, die ab 1944 im Keller einer Produktionshalle untergebracht waren. Zusammenfassend kann



Zwei Feldflaschen aus Aluminium, sowjetische Ausrüstungsstücke aus Müllgruben des „Ostarbeiterlagers“.

folgendes festgehalten werden: Die tatsächliche Bebauung des Lagers unterschied sich sowohl in Lage als auch in ihrer Form oftmals erheblich von den bekannten Bauunterlagen. Auf der gesamten Untersuchungsfläche waren trotz nachkriegszeitlicher Abrissmaßnahmen die lagerzeitlichen Fundamentreste sehr gut erhalten. Die rekonstruierte Topografie des Lagers ließ sich an Hand des geborgenen Fundmaterials in Bezug auf die historische Entwicklung des Ortes konkretisieren.

Auch in Kleinmachnow wurde das BLDAM erst nach der Planungsphase in die Baumaßnahme involviert. Durch eine Anfrage des Heimatvereins Kleinmachnow wurde der Denkmalbehörde die Existenz eines Zwangsarbeiterlagers auf dem zu bebauenden Gelände erstmals bekannt. Auch hier waren die Kosten der archäologischen Dokumentation, die nun nachträglich gefordert wurde, nicht eingeplant. Das BLDAM bemühte sich daher diese so gering wie möglich zu halten und Einvernehmen mit dem Bauträger herzustellen. Die Bereitschaft des Bauträgers und der Gemeinde, den Belangen des Denkmalschutzes gerecht zu werden und die Geschichte des Ortes in die neue Nutzung einzubeziehen, führte schließlich zur Konservierung eines Gebäudefundamentes, das durch Anlage einer Rasenfläche auf dem Grundriss und die Einfassung mit einer Stahlkante im Gelände sichtbar gemacht wurde.

Parallel dazu initiierte der Heimatverein Kleinmachnow die Anbringung einer Gedenktafel am Eingangsgebäude des ehemaligen Lager- und Werksbereiches, zu



Ehemalige KZ-Häftlinge aus Polen, die in Kleinmachnow Zwangsarbeit leisten mussten.



Präsentation der Grabungsergebnisse im Eingangsgebäude der ehemaligen DLMG in Kleinmachnow.

deren Einweihung das BLDAM eine Ausstellung von Funden und Grabungsergebnissen präsentierte. In zwei Vitrinen wurden vier Teilbereiche des Lagers durch Fundstücke veranschaulicht: Es handelte sich dabei um Ausrüstungsstücke sowjetischer Kriegsgefangener, um Relikte der produzierten Rüstungsgüter, um durch Namen und Aufschriften personalisierte Gegenstände und um Inventar der Baracken westeuropäischer Zwangsarbeiter. Herausgearbeitet wurden die an Hand der archäologischen Funde und Befunde belegbaren Unterschiede in der Unterbringung und Behandlung der verschiedenen, nach rassistisch-ideologischen Kriterien organisierten Zwangsarbeiterkategorien, sowie die Auswirkungen dieses Systems auf das Einzelschicksal. Darüber hinaus konnte über das technische Fundmaterial der Produktionsrahmen des Werkes genau bestimmt werden. Dieser Aspekt betraf vor allem die technikgeschichtliche Dimension, die wiederum eine Neubewertung des Standortes Kleinmachnow innerhalb des NS-Rüstungssystems ermöglichte. Diese Fragen konnten aus der überlieferten Aktenlage nicht geklärt werden, so dass hier die Archäologie wesentliche neue Impulse lieferte. Auch im Mittelpunkt dieser Ausstellung standen die Fundstücke und ihre konkrete Deutung.



Lagermauer und Schneidereigebäude, ehemaliges Frauen-KZ Ravensbrück vor der Neugestaltung der Gedenkstätte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass archäologische und bodendenkmalpflegerische Aktivitäten im Bereich NS-zeitlicher Befundkontexte eine gesellschaftspolitische Dimension besitzen. Der Umgang mit Orten und Fundmaterial der NS-Zeit erfordert zum einen interdisziplinäre Zusammenarbeit

von Archäologen und Zeithistorikern, zum anderen aber auch eine Reflexion über den Umgang mit den Ergebnissen im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Vermittlung. Denn schließlich handelt es sich bei diesem Zeitraum nicht einfach um erlebte Geschichte, sondern um Geschichte, die durch ihre Verbrechen definiert ist. Die dokumentierten Orte sind Tatorte. Die gefundenen Gegenstände, wie Ausstattungsrelikte der Lager aber vor allem persönliche Gegenstände der Opfer und Täter ermöglichen einen auf kriminalistischen Methoden basierenden Nachweis des Geschehenen. Der Zeugniswert der im Boden erhaltenen Relikte für die geschehenen Verbrechen bildet eine über die wissenschaftliche hinausgehende Ebene. Die gefundenen Objekte sind Erinnerungsträger, die eingebettet in eine historische Deutung eine emotionale Dimension besitzen. Die wieder aufgefundenen Überreste sind Beweise für die begangenen Verbrechen, Beweise die aus der Ideologie der Täter heraus nicht existieren sollten. Das Ziel der Vernichtung der Erinnerung an die Opfer, die in den Lagern zunächst vom Namen zur Nummer entmenschlicht und dann getötet wurden, deren sterbliche Überreste keine Gräber haben, dieses Ziel der Täter wird durch die Bewahrung der Sachzeugnisse ins Gegenteil gekehrt.

Literaturhinweise

M. Antkowiak: Ausgegraben und gesichert – Bauliche Reste des Konzentrationslagers Uckermark in Neu Thymen, Ot. Von Fürstenberg, Landkreis Oberhavel, AiBB 1997, S. 112 – 114, Stuttgart 1998.

M. Antkowiak, A. Meyer: Der wiederentdeckte Ort – archäologische Ausgrabungen in Uckermark, in: Limbächer, K., Merten, M., Pfefferle, B.: Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, S. 219 – 231, Münster 2000.

M. Antkowiak: Erinnerungsarbeit und Erkenntnisgewinn – Die Konzentrationslager Ravensbrück und Sachsenhausen im Spiegel der Bodenfunde, AiBB 2000, S. 149 – 151, Stuttgart 2001.



Bauvorbereitende archäologische Dokumentation im Bereich des Speziallagermuseums, Gedenkstätte Sachsenhausen.

Ders.: Dokumentiert und konserviert - Ein Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen in Rathenow, Landkreis Havelland, AiBB 2000, S. 147 – 148, Stuttgart 2001.

Ders.: Struktur eines Rüstungsbetriebes – Barackenlager in Kleinmachnow, Landkreis Potsdam-Mittelmark, AiBB 2002, S. 165 – 171, Stuttgart 2003.

Bildnachweis:

Alle Abbildungen BLDAM.

Anschrift der Autoren:

Matthias Antkowiak M.A.
Eberhard Völker M.A.
Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum
Referat Stadtarchäologie/Sonderprojekte/Großvorhaben
Wünsdorfer Platz 4-5
15838 Wünsdorf